Mascha Yurgens Moskau Dezember 2015

VÖLKERWANDERUNG IM 21. JAHRHUNDERT IMMIGRATION IN EUROPA / DEUTSCHLAND

PROLOG

"...Eine Völkerwanderung kann niemand aufhalten, eine derartige Bewegung baut sich sich über viele Jahrzehnte auf, sie war also absehbar..." (Le Soir)

"...Der Strom der Armen, Verfolgten und Bedürftigen wird die europäischen Gesellschaftsstrukturen verändern - diese Veränderung wird jeden einzelnen Bürger Europas, wie auch Politik und Wirtschaft über viele Jahre hinweg vor große Herausforderungen stellen..."

(Frei nach Helmut Schmidt)

"...Deutschland wird sich sehr verändern, ob diese Veränderung in eine statisch - restriktive Richtung geht, oder in eine dynamischinnovative, das wird die Zukunft zeigen. (MY)

DEUTSCHLAND UND DIE EINWANDERUNG. WAS BEDEUTET DIE MASSENIMMIGRATION FÜR DEUTSCHLAND?

Vorwort

Warum verlassen Menschen in Massen ihr Herkunftsland, um sich in einer ihnen unbekannten soziokulturellen Umgebung niederzulassen?

Mit dieser Thematik / Problematik sieht sich Deutschland seit einem Jahr in immer stärkerem Maße konfrontiert – Deutschland erlebt eine Masseneinwanderung.

"...Seine Heimat, sein Land, sein soziales Umfeld verlässt niemand aus irgendeiner launigen Tagesstimmung heraus – einer Emigration geht in aller Regel ein langer Leidensweg voraus. Die ausschlaggebenden Gründe zu emigrieren können politischer, wirtschaftlicher oder religiöser Natur sein, aber auch die Klimaveränderung* wird diesbezüglich eine immer größere Rolle spielen..."

*Klima-Flüchtling und ZDF am 13.12.2015

Einleitung

Menschen, die sich in einem überladenem Schlauchboot den Gefahren einer lebensgefährlichen Mittelmeer-Überquerung aussetzen, kann man nicht unterstellen, dass Sie ihr Land auf Grund einer launischen Entscheidung verlassen - allein der Wunsch auf ein freies und menschenwürdiges (Über-) Leben ist ihr primärer Beweggrund.

Den Schwierigkeiten, die eine Integration in eine andere Kultur mit sich bringen, gilt wohl kaum ihr erster Gedanke – es geht Ihnen an erster Stelle um das nackte Überleben durch Flucht.

Dafür setzen sie alles ein, was Ihnen geblieben ist: Ihr Leben.

Die Einwanderungsgeschichte Deutschlands von 1945 bis 2015

Nach dem 2. Weltkrieg kamen die ersten Einwanderer nach Deutschland, es waren ca. 13 Millionen Menschen, die den kriegsbedingten Bevölkerungsschwund in Deutschland "ausgeglichen" haben.

Viele dieser Einwanderer blieben nicht lange in Deutschland, sie zogen weiter - die Mehrheit ist jedoch geblieben.

In den 50er und 60er Jahren erlebte Deutschland ein rasantes Wirtschaftswachstum.

Diese Phase des Wirtschaftsaufschwungs löste eine größere Immigrationswelle aus - 1955 traf Deutschland mit Italien ein Abkommen, in dem es Deutschland erlaubt wurde, Arbeitskräfte in Italien anzuwerben. Es folgten weitere solcher Abkommen mit Tunesien, Spanien, Griechenland, Portugal, Jugoslawien und Marokko.

Das mehr oder weniger wirtschaftlich am Boden liegende Nachkriegsdeutschland brauchte Arbeitskräfte aus diesen Ländern, die bereit waren für Niedriglohn-Tarife zu arbeiten - dennoch verdienten diese ausländischen Arbeitskräfte so viel, dass sie ihre, in den meisten Fällen in den Herkunftsland verbliebenen Familien – gut versorgen konnten, und: Wer gute Arbeit leistete, dem eröffneten sich auch durchaus auch berufliche Perspektiven.

Die Menschen die damals nach Deutschland kamen, um ein besseres Leben führen zu können, arbeiteten mehrheitlich als ungelernte Arbeiter – man (er-) fand für sie den Terminus "Gastarbeiter".

[Laut Datenerhebung der Ausländerbehörde kamen mehr Männer als Frauen, meist in der Altersgruppe zwischen 16 und 45.]

Ihre Beschäftigung fanden sie hauptsächlich in der Industrie oder im Baugewerbe. Deutschland und den Deutschen hat das Engagement und die Leistung der Gastarbeiter schnell zum wirtschaftlichen und sozialen Aufstieg verholfen – man sah in diesen "Gästen" eine große Hilfe.

1964 wurde in Deutschland der Millionste dieser "Gäste" empfangen, die Medien berichteten im großen Stil darüber - als Empfangsgeschenk erhielt er vor laufenden Kameras ein Moped (Klein-Motorrad).

Erste Wirtschaftskrise

1966 gab es in Deutschland die erste Wirtschaftskrise, von der sich das Land jedoch schnell erholen konnte - in der Folge entstanden mehr und mehr neue Arbeitsplätze.

Bis 1973 kamen weitere 4 Millionen Menschen nach Deutschland – im gleichen Jahr trat auch der Anwerbestopp in Kraft, der den Zuwanderungsprozess aufhalten sollte - genau das Gegenteil trat jedoch ein.

Die Bundesrepublik wurde zum Einwanderungsland - Aus "Gastarbeitern" wurden "Einwanderer".

Bis zur deutschen Einheit (1989) wuchs der Anteil der Ausländerbevölkerung in Deutschland auf 4,8 Millionen an, es waren Menschen, die für sich in ihrer Heimat keine Lebensperspektiven mehr sahen – nach und nach holten sie ihre Familien nach Deutschland – die Umsetzung einer proaktiven Zuwanderungsbegrenzung war politisch nicht durchsetzbar: Es wuchs die Zahl der Arbeitslosen, der Empfänger von Arbeitslosengeld und Sozialhilfe. etc.

Nach der Wiedervereinigung bildete sich in einem geringen Teil der Deutschen Bevölkerung eine extrem ausländerfeindliche Grundstimmung, die sich hauptsächlich gegen Flüchtlinge richtete.

Mehrere Brandanschläge wurden auf türkische Familien und Asylsuchende in ihren Not-Unterkünften verübt, es gab Tote und Verletzte.

Natürlich veränderte der Nachzug der Familien, und deren Nachwuchs die demografische Struktur Deutschlands, und auch die der ausländischen Bevölkerungsgruppen. Aus einer ehemals nur aus Männern bestehenden Gruppe von Gastarbeitern bildete sich Zug um Zug eine ganze Population in Form von "Parallel-Gesellschaften" – gut erkennbar bei der Gruppe der türkischen Migranten, wo besonders den Frauen die Integration in die deutsche Gesellschaft verwehrt blieb, weil sie ohne berufliche Qualifikation und ohne Sprachkenntnisse kamen - und in der Regel auch blieben.

Den meisten von Ihnen war ausschließlich die Aufrechterhaltung der Infrastruktur des häuslichen Familienlebens als Daseinsmittelpunkt vergönnt –

das verringerte den volkswirtschaftlich relevanten Quotienten arbeitsfähiger ausländischer Mitbürger bedeutend.

Wegen des wirtschaftlichen Strukturwandels kam es zudem zu massenhaften Entlassungen, das betraf vor allem die Gruppe der beruflich sehr oft minderqualifizierten Gastarbeiter.

Aus fleißigen "Gästen" wurden plötzlich Arbeitslosengeld- und Kindergeldempfänger, die in der Folge dann häufig weiter sozial abrutschten, bis in den Sozialhilfestatus.

Integration

Mit der Integration dieser "Gäste" stand und steht es nach wie vor nicht zum Besten. Kinder aus vielen Migrantenfamilien konnten und können in den Schulen oft den Unterrichtsstoff mangels pädagogischer Begleitung und sprachlicher Förderung durch das Elternhaus nicht aufnehmen, diesbezügliche Fördermaßnahmen wurden und werden oft nicht wahrgenommen.

Selbst bei einem ordentlichen Schulabschluss (den immer noch viele nicht haben, oder auch gar nicht erst anstreben), sind ihre Möglichkeiten einen Ausbildungsplatz zu finden begrenzt, die Aussicht auf einen gut bezahlten Arbeitsplatz im späteren Leben somit stark eingeschränkt.

Vielen Migrantenkinder fällt es immer noch schwer im Alltag des deutschen Gemeinwesens (Umgebungsgesellschaft) ihren Platz zu finden - die Kultur ihres Herkunftslandes kennen sie kaum mehr, beide Landessprachen sind häufig verkümmert.

In den Programmen der in den 70er Jahren regierenden SPD, finden sich nur wenige Leitlinien (Orientierungsparameter), wie die Integration von so vielen Zuwanderern vonstatten gehen sollte:

Zum einen wollte die SPD dieses Problem als ein vorübergehendes bezeichnen, zum anderen ging sie anscheinend davon aus, dass sich durch die Schaffung einer multikulturellen Gesellschaftsstruktur das Problem der Integration irgendwie von alleine lösen würde.

Zahlenspiegel und Gesetzesregelungen

In der Zeit von 1950 bis 1987 wurden an den westdeutschen Grenzen 1,7 Millionen Aussiedler registriert, 1993 wurde das Recht auf Asyl im Grundgesetz der Bundesrepublik grundlegend verändert, d. h.: wesentlich weiter gefasst.

Bis Mitte der 70er Jahre war das Asylverfahren weitgehend auf die Zuwanderung aus Osteuropa ausgerichtet.

1980 war der Höhepunkt mit 100.000 Asylanträgen - allein aus aus der Türkei - erreicht.

In den 80er Jahren hielt sich die Zahl der Asylanträge in überschaubaren Grenzen, das änderte sich mit den Bürgerkriegen in Sri Lanka und Jugoslawien, und auf Grund der Unterdrückung der Kurden in der Türkei und im Irak.

In den 90er Jahren wurden in Deutschland 438.000 Asyl-Erstanträge gestellt.

Um die Anzahl dieser Anträge zu senken trat in 1993 das "Asylkompromiss - Gesetz" in Kraft, Asylbewerber aus "verfolgungsfreien" Ländern hatten kaum mehr Chancen anerkannt zu werden.

Es bestand keine Möglichkeit mehr für Asylsuchende aus sogenannten "sicheren Drittstaaten" auf legalem Wege in Deutschland einzuwandern.

In Folge dieser gesetzlichen Verschärfung ging die Zahl der Asylanträge deutlich zurück, 1998 waren es weniger als 100.000 Anträge, und von 2006 bis 2008 waren es knapp 20.000 Anträge, wovon lediglich 3 - 7% anerkannt wurden.

In 2000 wurde die doppelte Staatsbürgerschaft eingeführt. Es bedeutete, dass man die deutsche Staatsbürgerschaft nicht nur durch Vererbung, sondern auch durch die Geburt in Deutschland erhalten kann - mit 18 Jahren sollten sich aber Kinder aus "Nicht-EU-Staaten" für nur eine Staatsangehörigkeit entscheiden.

2005 trat das Zuwanderungsgesetz in Kraft – Deutschland wurde damit faktisch zu einem Zuwanderungsland.

Laut Gesetz sind seitdem Sprachkurse ein "MUSS", die Aufgabe einer nachhaltigen Integration hat sich die deutsche Regierung als "Chefsache" in ihre Agenda geschrieben.

2006 fand der erste Integrationsgipfel statt, der zur Entwicklung eines "nationalen Integrationsplans" führte - im gleichen Jahr gab es auch den ersten Islamgipfel.

2007 erfolgten Änderungen im Zuwanderungsgesetz – es wurde die Möglichkeit eines Daueraufenthaltes eingeräumt. Seitdem kann man eine dauerhafte Aufenthaltsgenehmigung erhalten, wenn bestimmte Bedingungen erfüllt werden.

Seit 2008 gibt es einen Einbürgerungstest, in welchem 17 von 30 Fragen richtig beantwortet werden müssen, um die Deutsche Staatsbürgerschaft zu erhalten.

Deutschland im Jahr 2015

Bisher sind in 2015 so viele Zuwanderer / Flüchtlinge nach Deutschland gekommen, wie nie zuvor - es wurden täglich immer mehr.

[Bedingt durch den Wintereinbruch sind die Zahlenwerte rückläufig, für das kommende Frühjahr rechnet man jedoch mit einem exorbitanten Anstieg des Flüchtlingsstromes.]

Bis Ende November waren es über eine Million (registrierte) Flüchtlinge die in Deutschland Aufnahme gefunden haben.

Diese Menschen sind vor Kriegen, Unterdrückung, Folterungen, Armut und Obdachlosigkeit geflohen, vor den Bevormundungen und Drangsalierungen von Regimestrukturen, in denen sie sich nicht frei haben entfalten können und dürfen, vor den Gräueltaten des fanatischen "islamischen Staates" (IS), der eine, vom Grundsatz her, friedliche und menschenfreundliche Religionslehre missbraucht, um morden, vergewaltigen, missbrauchen, foltern und vertreiben zu können (Syrien, Irak, Afghanistan).

Viele Menschen verlassen ihre Heimat auch aus Gründen der wirtschaftlichen Situation in ihrem Land (Westbalkan, Albanien, Kosovo etc.).

Laut der "Dublin-III-Verordnung" müssen Flüchtlinge ihren Asylantrag in *dem* Land stellen, wo sie zum ersten Mal den Boden eines EU zugehörigen Mitgliedstaates betreten – 80% dieses Flüchtlingsstromes "landet" auf nahezu direktem Wege in Deutschland an, weil die Erst-Ankunftsländer sie nicht aufnehmen wollen, und sie direkt durchreisen lassen.

Länder wie Italien, Spanien, Griechenland, Ungarn, Serbien, Moldawien, Montenegro erklären sich nach wie vor überfordert von dieser Massenimmigration, sie lassen die Flüchtlinge unregistriert weiterziehen - die meisten von ihnen wollen dann zu ihren Verwandten, die bereits seit Jahren in Deutschland leben.

Der überwiegende Teil der Asylsuchenden glaubt, dass jeder in Deutschland ein Leben in Wohlstand führen kann – von der (wirtschafts-)politischen Struktur, der Kultur und der Lebensart in Deutschland haben sie so gut wie keine Kenntnisse.

Flüchtlinge, die in Deutschland ankommen, werden nach dem "Königsteiner Schlüssel" auf die Bundesländer verteilt. Der Schlüssel wird jährlich vom BAMF berechnet, er richtet sich zu zwei Dritteln nach den Steuereinnahmen der

Bundesländer.

So muss Bayern 15,9 Prozent der Flüchtlinge aufnehmen und Bremen nur 0,9%. Nordrhein-Westfalen muss mit 21,24% den größten Anteil der Flüchtlinge aufnehmen, weil es das bevölkerungsreichste Bundesland ist.

Laut Asylbewerberleistungsgesetz, erhalten Flüchtlinge materielle Unterstützung. Es gibt den so genannten Betrag "des *notwendigen* Bedarfs" und eine Bargeldzahlung zur Deckung der Bedürfnisse des *alltäglichen* Bedarfs (Taschengeld). Eine volljährige Person erhält 143 Euro in bar.

Laut gesetzlicher Regelung verbleiben Flüchtlinge in den ersten Monaten in Erstaufnahmeeinrichtungen, in den ihnen Unterkunft, Kleidung und Lebensmittel zugeteilt werden.

Dauert das Asylverfahren länger als 15 Monate, erhalten Flüchtlinge zusätzliche Unterstützungen vom Staat.

Zusammenfassung

Schlussendlich stellt sich neben der humanitären auch die Frage einer Kosten – Nutzenrechnung für die deutsche (Volks-)Wirtschaft:

"Inwieweit kann Deutschland von dem Zuwandererstrom profitieren?". >>

- 4 Milliarden Euro wendet der deutsche Staat allein in diesem Jahr für die Unterbringung und Verpflegung der Flüchtlinge auf.
 Im kommenden Jahr rechnet man mit 11 Milliarden €.
- Einige Branchen profitieren bereits an der Massenimmigration, wie z. B. das Unternehmen "European Homecare" aus Essen, in NRW.
 Dieses Unternehmen beschäftigt sich mit Flüchtlingsunterkünften, mittlerweile "bewirtschaftet" es 15.000 Asylbewerber in 100 Heimen.

Der Umsatz des Unternehmens stieg bereits in 2013 um 72%. Für 2015 kann man noch keine konkrete Zahlen vorlegen – es ist jedoch jedoch abzusehen, dass mit einem sehr stark gestiegenem Umsatz zu rechnen ist.

 Nicht nur solche Privatunternehmen, wie "European Homecare", profitieren derzeit von der Flüchtlingskrise, sondern auch viele Hotels und Hostels. In Berlin leben derzeit 1500 Flüchtlinge in Hostels und das Land zahlt 50 Euro pro Kopf/Nacht.

Auf Grund der enorm großen Nachfrage sind so gut wie alle Wohncontainer ausverkauft. "Mehr geht nicht!", meint der Geschäftsführer des Bundesverbandes der Bausysteme.

Der Preis pro Quadratmeter Bauland ist z. B. in Regensburg schon um 700 Euro gestiegen und liegt jetzt bei 2400 € /qm.

In Niedersachsen hat sich der Preis in den Kommunen verfünffacht.

- Reinigungsfirmen verdienen Millionen, weil Flüchtlingsheime geputzt werden müssen.
- Die Stadt Köln zahlt bisher schon fast 4 Millionen Euro für die Einrichtung von Flüchtlingswohnheimen.
- Die Bildungsbranche verdient massiv am Flüchtlingszustrom. Laut Philologenverband hat man bereits in diesem Jahr 25.000 Aushilfslehrer einstellen müssen.
- In den Buchläden sind alle Wörterbücher ausverkauft.

Ökonomen meinen, dass der Zuzug der Migranten das Wirtschaftswachstum deutlich nach oben hin korrigieren kann.

"Den kurzfristigen Kosten steht das langfristige Potenzial und der langfristige Nutzen der Zuwanderung entgegen", sagte Marcel Fratzscher, der Chef des Forschungsinstituts DIW, "aber es hängt vieles davon ab, wie gut und wie schnell sich die Asylbewerber integrieren können. Um das Sozialsystem zu entlasten, müssen die Zuwanderer Jobs finden, das sollte wegen des demografischen Wandels durchaus gelingen können - die gestiegene Zahl der offenen Stellen zeige, dass es für die Unternehmen in Deutschland schwierig geworden sei, geeignete Arbeitskräfte zu finden."

Prognose

"Mittlerweile hat sich bei den "Gutmenschen" der Rausch der Willkommenskultur, und der "Wir-Schaffen-Das-Redner", mehr und mehr in die Richtung eines Zuwanderungsbegrenzungsdenkens gewandelt – Deutschland sieht seine Aufnahmekapazitätsgrenze erreicht, nicht zuletzt auch deswegen, weil gleich mehrere EU-Mitgliedsstaaten den Aufnahme-Anfragen aus Brüssel stets klare Absagen erteilen" (Zusammenfassung der Deutschen Medien-Berichte)

Die Mehrheit der Deutschen Bevölkerung sieht sich zudem von den Entscheidungen, die in der Flüchtlingsfrage getroffen werden, und wie der Umgang mit der Gesamtproblematik medial gefiltert und übermittelt wurde und wird, von ihrer Regierung übergangen, überrumpelt und getäuscht – die Stimmung in der Bevölkerung scheint mehrheitlich in eine ablehnende Haltung gegenüber den Flüchtlingen gekippt zu sein.

Ein neuer Realismus hat sich eingestellt. Fragen, wie denn aus einer überfallartigen Massen-Immigration eine "schnelle Massen-Integration" in ein komplexes, soziokulturell hoch entwickeltes System aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik erfolgen kann oder soll - diese Fragen werden immer eindringlicher, differenzierter und lauter gestellt.

Das Totschlagargument des (negativen) demografischen Wandels, "...der mit den Flüchtlingen in ein positives Verhältnis umgekehrt werden kann...", ist merklich in den Hintergrund gerückt – die weitaus meisten dieser Einwanderer sind beruflich nicht sonderlich qualifiziert, somit auf längere Sicht nicht von großer Relevanz für den deutschen Arbeitsmarkt.

Es wird großer und langwieriger Anstrengungen bedürfen ihr Ausbildungsniveau den im EU-Europa üblichen Standards anzugleichen.

Fazit

Es wird einen über mehrere Generationen andauernden Assimilierungsprozess bedeuten, und *sehr* viel Geld kosten, bis diese neuen Bevölkerungsgruppen als integriert betrachtet werden können.

Eine Grundvoraussetzung für das Gelingen der Integration ist:

Die Neuankömmlinge müssen die Integration wollen, und lernen sich hierzu verpflichtet zu sehen.

Dazu müssen sie ihr oftmals archaisches Verständnis von Recht und Ordnung (besonders in Verbindung mit der Auslegung ihrer Religionen) und ihre Ansichten zur Gleichstellungsberechtigung von Mann und Frau *grundlegend* überdenken, wenn sie in Deutschland bleiben und einen von ihnen mit- zu erarbeitenden Wohlstand in (Meinungs-)Freiheit leben und *er*leben möchten.

Deutschland wird sich sehr verändern, ob diese Veränderung in eine *statisch* - *restriktive* Richtung geht, oder in eine *dynamisch-innovative*, *das* wird die Zukunft zeigen.

Ich bin von Letzterem überzeugt.

MARIA JÜRGENS, 17 J. Moskau, im Dezember 2015